

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsschrift: Tagesblatt Riess, Fernruf Nr. 20.

Das Riessner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzolamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1539, Classen Nr. 52.

Nr. 255.

Donnerstag, 1. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riessner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 27. 10. bis 2. 11. 9 Markanten M., einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewinne für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 5 mm hohe Grundzeile (8 Zeilen) 120 M.; die 89 mm breite Rahmenzeile 400 M.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufischlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigensatznummer. Frete Taxe. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Schlägliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Stationen- und Verlag: Langer & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Schließzeit: 18 Millionen. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riess; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riess.

Sächsischer Ministerpräsident.

Der Landtag wählte in seiner Nachmittags-Session am 30. Oktober den unabhängigen Abgeordneten Felsch mit 48 Stimmen zum Ministerpräsidenten. Auf den Abgeordneten Raiser (Deutsche Volkspartei) entfielen 18 Stimmen, anwesend waren 71 Abgeordnete. Die Deutschnationalen hatten vorher den Saal verlassen, während die Kommunisten sich der Sitzung abwandten. Felsch nahm die Wahl an. Darauf vertagte sich der Landtag auf Dienstag, den 6. November. (Bereits durch Auspruch bekannt gegeben.)

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 30. Oktober.

III. Präsident Winkler eröffnet um 1.15 Uhr mittags die Sitzung und teilt dem Hause mit: In Anbetracht der Situation, die sich in Sachsen entsponnen hat, schlage ich dem Hause vor, die Sitzung auf 6 Uhr abends zu verlegen. Es soll dadurch den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, die Lage zu besprechen und möglichst eine Klärung herbeizuführen. Um für die nächste Sitzung einen Plan vorzulegen, oder, falls eine Klärung noch nicht eintritt, die Sitzung auf einen anderen Tag zu verlegen, lasse ich den Vorstand zu einer Sitzung auf 5.30 Uhr ein. Das Haus ist damit einverstanden. (Die Fraktionen nahmen sofort ihre Beratungen und Besprechungen auf. An den Besprechungen der Sozialdemokraten nahmen die Reichstagsabgeordneten Weis und Adamson sowie Mitglieder des Landesvorstandes der SPD teil, an der Sitzung der Demokraten Reichstagsabgeordneter Hühner-Gain.)

Um 9.30 Uhr abends trat das Haus wieder zusammen. Präsident Winkler teilt mit, daß die mittags abgebrochene Sitzung fortgesetzt werden soll. Die Klärung habe stattgefunden. (Abg. Wittger: Was hat sich geflärt?) Das werden Sie dann erfahren. Wir ist von den Parteien mitgeteilt worden, daß sie sich auf eine Wahl geeinigt hätten. (Abg. Wittger: Welche Parteien?) Das werden Sie auch erfahren. Eine Einigung hat nach der Richtung hin stattgefunden, daß anstelle der bisherigen Regierung, die ihr Mandat in die Hände des Landtages zurückgelegt hat, ein neuer Ministerpräsident zu wählen ist.

Schriftführer Abg. Lieberash (Kom.) verliest hierauf ein Schreiben Dr. Feigners.

Im dem dieer mittelst, daß er sein Amt niederlege. (Der Schriftführer will hierzu noch einige Bemerkungen machen, wird aber vom Präsidenten daran gehindert.) Abg. Wittger (Kom.) beruft sich auf den § 27 der Verfassung und erklärt, die Regierung Feigner auch weiterhin als verfassungsmäßig bestehend ansehen zu müssen. Abg. Wittger (Dem.) erklärt das Schreiben Dr. Feigners für überflüssig. Er war nicht mehr Ministerpräsident. Er sei seiner Stellung enthoben worden und erkläre für ihn nicht mehr. Er sei aus den Worten des Präsidenten nicht klug geworden, was eigentlich gesehehen sei. Es sei dem sächsischen Parlament vorbehalten, eine derartig dunkle Tagesordnung aufzustellen. Er habe gehört, daß heute der Ministerpräsident gewählt werden solle. Dagegen erhebe er Widerspruch. Es sei zu einer anderen Tagesordnung eingeladen worden. Durch die Setzung sei die Verfassung des Reichskommandos bekannt geworden, daß Landtags-sitzungen vorkünftig zu unterbleiben hätten. Infolgedessen seien einige Herren überhaupt nicht erschienen. Wenn man unter der angelegten Tagesordnung „Klärung der Situation“ die Wahl des Ministerpräsidenten vornehmen wolle, werde ganz Europa lachen. Wenn man dem Lande auf diese Weise einen Ministerpräsidenten aufzwingen wolle, wäre das einfach ein Skandal.

Präsident Winkler: Zunächst gilt für uns eine Unter-suchung der Sitzungen nicht und es ist keine Entschuldigung, wenn Mitglieder des Hauses fernbleiben. Ich habe dem Vorstand und Sekretariat mitgeteilt, daß ich heute vormittag Gelegenheit nahm, mit Exzellenz Dr. Feigne (Jurat der Kommunisten; Exzellenz?) — wie ich den Herrn tituliere, ist meine Sache — zu verhandeln und habe den Herren weiter mitgeteilt, daß das Verbot, Sitzungen abzusagen, aufgehoben und die Reichswehr aus dem Hause zurückgezogen war. Auf Grund der Ausfragen, die im Vorstand und Sekretariat stattgefunden, war dann von der eigentlichen Tagesordnung abgesehen worden und das Haus war mit der neuen Tagesordnung einverstanden. Man kann mir nicht vorwerfen, daß ich das Haus im Dunkeln tappen ließ, denn im Sekretariat sitzen die Vertrauensleute aller Fraktionen. Abg. Dr. Kaiser (D.M.P.): Wir sind noch nicht in der Lage gewesen, die Ergebnisse des Sekretariats in der Fraktion zu besprechen. Ich bitte, die Sitzung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen.

Abg. Lieberash (Kom.) widerspricht der Tagesordnung, weil die Annahme des Präsidenten nicht stimme. Die Sitzung habe stattgefunden als Demonstration gegen das Verbot des Generalstabs. Er erkenne diesem nicht die Machtbefugnis zu, eine verfassungsmäßig gewählte Regierung und einen verfassungsmäßig gewählten Landtag beiseite zu schieben. Wir nahmen an, daß inzwischen mit General Winkler darüber verhandelt worden sei. Dieselben Fragen, die jetzt über die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten verhandelt werden. Mitten sprechen die Arbeiter an

einem dreitägigen Protektstreik aufzubrechen. Werde die Tagesordnung erledigt, so sei das ein glatter Verrat an der Arbeiterschaft.

Präsident Winkler: Wir haben uns nur mit dem zu beschäftigen, was uns als Mitglieder des Landtages angeht, was wir als Privatpersonen tun, ist Privatangelegenheit. Es war keine Regierung vorhanden, die meine Wünsche auf Grund der alten Tagesordnung hätte ausführen können. Das Haus erklärt sich mit einer Unterbrechung der Sitzung einverstanden.

Die neue Sitzung

beginnt nach 11 Uhr 15 Minuten. Präsident Winkler: Bei der vorgerückten Zeit kann die für heute angelegte Tagesordnung nicht mehr erledigt werden. Ich beantrage jedoch für Mittwoch, den 31. Oktober, vormittags 12.15 Uhr eine neue Sitzung an.

Abg. Wittger (Dem.): Zur Geschäftsordnung: Ich widerspreche der Annahme der Sitzung mit der angelegten Tagesordnung „Wahl des Ministerpräsidenten“. Ich konstatiere, daß es neun Minuten vor 12 Uhr ist. Der Präsident glaubt, und annimmt zu können, in zwanzig Minuten an einer neuen Sitzung teilzunehmen. Ich weiß, was er beabsichtigt (Geklopel). Eine bezwungene formelhafte Auslegung der Geschäftsordnung ist mir noch nicht vorgekommen. (Jurat: Jetzt fehlen noch fünf Minuten! Geklopel.) Es muß ein Tag zwischen der Auslegung der Tagesordnung und der Sitzung liegen, damit die Angelegenheit besprochen werden kann und Herren, die fehlen, herangezogen werden können. (Jurat: Noch vier Minuten! Geklopel.) Ich rede nicht noch der Zeit, sondern um Ihnen das klar zu machen (Geklopel). Durch ein solches Gebahren werden die Arbeiterparteien aberumpelt (Jurat: Es ist 12 Uhr). Ich widerspreche der Abhaltung der neuen Sitzung, weil sie Geschäftsordnungswidrig ist.

Das Haus erklärt sich gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen mit der Annahme der neuen Sitzung nach der Tagesordnung einverstanden.

Sitzung vom 31. Oktober.

Der Präsident eröffnet um 12.15 Uhr morgens die Sitzung mit der Tagesordnung:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Abg. Wittger (Dem.) widerspricht der Vornahme der Wahl. Werde diese doch vorgenommen, so werde ich meine Partei nicht daran beteiligen und gegen die Wahl im Wege der Klage beim Staatsgerichtshof vorgehen. (Die Deutsch-nationalen verlassen den Saal.)

Abg. Wittger (Kom.): Seine Partei verzichtet darauf, das widerwärtige Komödienspiel mitzumachen. Redner ergeht sich in Beschimpfungen der Sozialistischen Partei und greift auch den Abg. Dr. Feigner persönlich scharf an. (Jurat des Sozialisten: Wölfe! Für beschließen Subjekte.)

Abg. Lieberash (Kom.) erwidert: Der Weisheit des Redners gehen zeitweise völlig in den wütenden gegenseitigen Beschimpfungen unter. Redner forscht: Wegen dieser Anrede werden wir morgen und übermorgen von den deutschen Arbeitern mit der Sozialdemokratie abrechnen.

Abg. Wittger (Dem.): Der Redner hat behauptet, daß Mitglieder meiner Partei auf ihm gekommen seien und um Sauf gegen die Rechtssozialisten gebeten hätten. Wittger möchte die Namen nennen. Solche Namen gebe es nicht in meiner Partei.

Abg. Dr. Feigner (Dem.) hält die Stunde für die ernste für Land und Reich. Es sei bestimmt festgestellt worden, daß der Ausfall der Wahl bestimmend sein werde für das Schicksal unseres ganzen Reiches. Das sei für die Demokraten entscheidend gewesen, die den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Ministerpräsidenten mitwählen würden. Sie brachten damit ein Opfer um des Reiches und des Volkes willen.

Abg. Wittger (Dem.) erklärt, seine Partei habe die Erregungszustände der Arbeiter nicht freigegeben wollen. Die Worte des Redners gehen unter dem großen Lärm der Kommunisten völlig unter, die eine Schimpfkanonade gegen den Redner und seine Partei eröffnen. Schließlich schlägt Redner als Ministerpräsidenten den Abg. Felsch vor.

Darauf findet Feilmahl statt. Der Präsident konstatiert, daß bei Beginn der Sitzung 72 gegenwärtig 71 Mgl. im Saale gewesen seien. Abg. Felsch hat 71 Abgeordnete. 48 Stimmen lauten auf den Abg. Felsch, 18 auf den Abgeordneten Dr. Kaiser (die Kommunisten hatten ebenfalls während der Wahl den Saal verlassen).

Damit ist der Abg. Felsch zum Ministerpräsidenten gewählt. (Jurat der Kommunisten: Der kann nur mit der Sozialdemokratie regieren.)

Ministerpräsident Felsch:

Ich erkläre mich zur Annahme der Wahl bereit und danke der Mehrheit dieses Hauses für das Vertrauen. (Jurat: Wo ist die Mehrheit?) Ich werde unverzüglich an die Bildung der neuen Regierung herantreten und das neue Kabinett in der nächsten Sitzung dieses Hauses unter Abgabe einer Erklärung vorstellen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 6. November, mittags 1-Uhr: Verteidigung des Ministerpräsidenten, Regierungsbekämpfung und Aussprache darüber.

Schluß der Sitzung gegen 1.30 Uhr morgens.

Das neue sächsische Kabinett.

Der Ministerpräsident hat noch am Mittwoch sein neues Kabinett ernannt und zusammengesetzt. Das neue sächsische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Felsch: Ministerpräsident; Gold: Finanzminister; Raack: Wirtschaftsminister; Neu: Justizminister; Richter: Volksbildungsminister; Graupe: Arbeitsminister; Lieberman: Inneres. Es ist dies ein rein sozialistisches Arbeiterkabinett.

Keine Änderung in der Durchführung des Ausnahmezustandes.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, teilt das Wehrkreis-Kommando mit, daß an der Durchführung des Ausnahmezustandes, der Unterstellung der Staatspolizei unter das Wehrkreis-Kommando und den hierzu getroffenen Vereinbarungen sowie den Aufgaben der eingeteilten Truppen sich nichts geändert hat.

Der Generalkrieg nur ein Teilstreik.

Dresden. Der für ganz Sachsen analoge Generalkrieg ist lediglich ein Teilstreik geblieben. Seitens der Arbeiterchaft wurde der auf Betreiben der Kommunisten provozierte Streik zum größten Teil nicht anerkannt. Der Streik ist so gut wie abgeblieben und die Arbeit dürfte, soweit nicht Entlassungen und Ausperrungen eintreten, heute in allen Betrieben wieder aufgenommen worden sein.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Erbkönigsplatz Dresden, gegen den Streik.

Die international-sozialistischen Parteien rufen im Verein mit den freien Gewerkschaften zu einem dreitägigen Streik in Sachsen auf. Wir beteiligen uns nicht daran, weil wir der Überzeugung sind, daß man der überhöhten Arbeiterchaft, die ohnehin schon unbeschäftigt unter der Arbeitslosigkeit und der Armut leidet, keine neue ausständigste Opfer zumuten darf. Ein ausständigstes Unternehmen aber ist dieser Streik. Sein Reich, selbst die Arbeiter nicht, glaubt an die Möglichkeit, die Reichswehr aus Sachsen herauszutreiben. Für die Arbeitgeber aber bedeutet dieser Streik nur eine willkommene Gelegenheit für einen Teil der Arbeiterchaft zu entscheiden. Wir beteiligen uns nicht an dem Streik, weil wir keinerlei Vorteile haben, die sächsische Regierung zu verteidigen. Sie sind ihre Stützen haben und von jeder als Menschen zweiter Klasse betrachten, haben die Befürwortung gesucht, wo sie nur konnten, beweißen nicht wieder durch den Terror in den Betrieben, wie sie die Arbeiterchaft anderer staften. Diese unsere Stellungnahme ist unabhängig von unserer Auffassung über die Schritte der Reichsregierung, die auch wir nicht in allen ihren Teilen zu billigen vermögen.

Der Generalkrieg und das Verbot der Dresdner Volkszeitung.

Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ hat einen Aufruf zum Generalkrieg verbreitet. Sie wird deshalb vom Reichswehr-Kommando verboten, und zwar für die Dauer des Ausnahmestandes. Das gleiche Verbot wird auf andere Zeitungen treffen, die den Aufruf verbreiten. Nur durch Bildung einer wehrlos demokratischen, d. h. sich auf eine möglichst breite Mehrheit der Bevölkerung stützenden Regierung kann dem sächsischen Volke Verhängung und Friede gegeben werden. Anhand dies zu beabsichtigen, wird die Bevölkerung in das Land eines großen Streiks hineingetrieben. Ein solcher hat den Ausfall einer unabhärbaren Menge von Gütern und Verbrauchswerten zur Folge. Die Heimat unseres Volkes wird dadurch geheut und die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Streiks selber unentrinnbar auf die breiten Massen der ermerren Bevölkerungsschichten in Teuerung und Not zurück. In Sachsen befinden sich zur Zeit etwa eine Million dorbender Menschen, die durch den Streik in immer tiefere Notlage gezogen werden. Wehrkreis-Kommando IV.

Der Reichskommissar empfängt den sächsischen Ministerpräsidenten.

(Dresden. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Nachdem der Ministerpräsident Felsch vom Landtage gewählt und dies dem Reichskommissar Dr. Feigne mitgeteilt worden ist, hatte sich der Reichskommissar nach Berlin begeben und dem Reichskanzler über die nun entstandene Lage Bericht erstattet. Der Reichskommissar hat den Ministerpräsidenten Felsch erlucht, ihm die Ministerliste seines neuen Kabinetts mitzuteilen. Der Reichskommissar wird im Laufe des heutigen Donnerstag vormittag den sächsischen Ministerpräsidenten empfangen und ihm die Stellungnahme der Reichsregierung bekanntgeben. Es ist zu erwarten, daß die Ziele, zu deren Erreichung die Reichsregierung den Reichskommissar entsendet hat, damit erreicht sind.

Eine Mitteilung des Regierungskommissars.

(Dresden. Der Regierungskommissar für den Wehrkreis IV, Reichstagsabgeordneter Meier, teilt mit, daß die Weibung, das Wehrkreis-Kommando zeige keine Neigung, die Anordnung zu befolgen, die der Reichswehrminister über die Befugnisse der Zivilkommissare aufgestellt hat, unzutreffend ist. Seit Bekanntwerden des Befehls des Reichswehrministers hat das Wehrkreis-Kommando sich daran gehalten, und die den Zivilkommissar betreffenden Anordnungen ihm unerschrocken. Damit erledigt sich

auch die Schlußfolgerung, daß der Stollkommissar voraus-
sichtlich heute Dienstag seinen Rücktritt erklären würde.

Vor der Abberufung des Reichskommissars Dr. Heinze.

Der neue sächsische Ministerpräsident Hermann
vom Verichtshalter der „Voss. Ztg.“ er habe den Reichs-
kanzler von der Bildung des neuen sächsische Ministeriums
telegraphisch verständigt und gebeten, die Abberufung Heinze
sodort zu veranlassen.
Der Reichskommissar für Sachsen, Dr. Heinze, hat dem
Reichskanzler über die Verhandlung in Sachsen Bericht erstat-
tet. Es ist zu erwarten, daß Dr. Heinze nicht mehr nach
Dresden zurückkehren werde.

Die Landespolizei vor dem Wintertermin.

X Dresden. Das Wehrkreiskommando teilt mit: Am
21. 10. um 10 Uhr vorm. habe unter Führung des Vol-
kspolizeikommandanten ein Kommando der Landespolizei
sowie Volkspolizeikommandanten vor dem Ministerium vor und
sehrte sofort die Hinwegnahme der Beamtendenken. Die Beamten erhielten
Befehl, rechts und links der Treppe Spalier zu bilden.
Obgleich das Ministerium zur Zeit als Dienstgebäude des
Reichskommissars mit einer Wache der Reichswehr besetzt
ist und der wachhabende Offizier sofort zur Stelle war,
wurde er von Volkspolizeikommandanten nicht über den
Grund der Befehle unterrichtet. Der wachhabende
Offizier meldete den Vorfall dem Wehrkreiskommando,
welches dem Volkspolizeikommandanten den Befehl erteilte,
umgehend das Ministerium wieder zu räumen. Volkspolizei-
kommandanten kam diesem Befehl nach. Der Vorfall
ist eine Verletzung der Verfassung, die nach wie vor
die Volkspolizei unter unmittelbarem Befehl des Wehrkreis-
kommandos steht. Es war von diesem keinerlei Befehl zur
Besetzung des Ministeriums an Volkspolizeikommandanten
oder an die Staatspolizeiverwaltung ergangen. Eine
Klärung des Vorfalls ist daher vom Wehrkreiskommando
eingeleitet worden.

Forderungen

der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

X Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
hat gestern abend folgende Beschlüsse: Die Fraktion kann
in der Koalition nur dann verbleiben, wenn folgende
Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
 2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der
bayerischen Reichstagsfraktion als Verfassungsverstoß und
unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort
die gebotenen Schritte gegen Bayern.
 3. Außerhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen
ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehrkräfte sind nur auf
Anforderung des Inhabers der Polizeigewalt heranzuziehen.
Neuerdings in die Reichswehr eingestellte Angehörige rechts-
radikaler Bestrebungen sind zu entlassen.
- Außerdem beschloß die Fraktion, daß der Fraktions-
vorstand bei den Besprechungen mit der Reichsregierung die
verdrößlichen Maßnahmen und Maßnahmen gegen den
Landesbund propagieren und von den Landwirten geübten
Lieferertrag zum Gegenstand von Verhandlungen zu
machen habe.

Die Demokraten zur Lage.

X Berlin. Im Reichstagsgebäude trat gestern der
Vorstand der demokratischen Fraktion zu einer Sitzung
zusammen, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen.
Nach eingehender Aussprache kam man zu dem Resultat,
daß die sächsische Frage als gelöst zu betrachten sei, da sich
die bisherige sächsische Regierung den Bedingungen des
Reichskanzlers auf die Befreiung der Amtsgeschäfte gefügt
habe. — In der bayerischen Frage nahm der Vorstand
den Standpunkt ein, daß die bayerische Regierung im
Interesse einer schnellen Lösung des Konfliktes eine klare
Stellung einnehmen müsse und daß das Reich in seinen
Forderungen nicht nachgeben dürfe. Der Vorstand wird
seine Stellungnahme der Fraktion zur Kenntnis bringen,
die am Freitag zu einer Sitzung zusammenzutreten wird.

Der Prüfungsausschuß.

Mit einem Rest von Tatkraft scheint die vranje Re-
derung es erreicht zu haben, daß von dem Gedanken der
großen Reparationskonferenz ebenfalls ein Rest verwirk-
licht wird. Dieser Rest ist der „Prüfungsausschuß“.
Um zu verstehen, wie England dazu kam, nach den ein-
dringlichen Erklärungen des Südafrikaners Smuts und den
demnach vorzichtigeren, doch immerhin deutlichen Warnungen
Baldwins, sich mit einem im wesentlichen den „Be-
dingungen“ Voincarés entsprechenden Torio der Konferenz
zu begnügen, und was es trotz allem von der Tätigkeit

Angelas Heirat.

Roman von U. G. Robert.
Nachdruck verboten.
„Glücklich!“ sie sah rasch zu ihm auf, und ihre Augen
glänzten. „Glücklich ist gar kein Wort dafür! Ich kann
keinem Menschen sagen, wie ich mich freue, daß ich aus
Berlin hinausam und aus dem Lande wohnen darf. Ich
habe Berlin und ich liebe das Land. Ach, ich werde ganz
unbeschreiblich glücklich sein, das heißt — wenn nicht —
Ein Leben hier über ihren Körper, und sie brach plötzlich ab.
„Wenn nicht?“ wiederholte er erstaunt.
„Wenn nicht die Dame in der Nähe ist, die in der
Kirche war. Es klingt vielleicht lächerlich, aber ihre Augen
starrten mich so böse an und hatten einen so furchtbaren
Ausdruck. Es ging mir durch und durch. So ungefähr
müß es sein, wenn jemand den bösen Blick hat, wie die
Italiener sagen. Und ich kenne sie doch gar nicht. Was
kann sie nur von mir gewollt haben?“
Ihre Stimme klang ganz ängstlich, als sie fortfuhr:
„Ich weiß ganz bestimmt, daß ich sie nie in meinem
Leben gesehen habe. Sie hat ein Gesicht, das man nicht
leicht vergessen kann. Warum mag sie mich nur so an-
gesehen haben?“
„Wie sah sie aus?“ fragte Erich rasch, und Angela be-
schrieb ihm, so genau sie es vermochte, die lebhafteste Färbung
der Haut, das wundervolle Blau der Augen, das helle
Blond des Haars der merkwürdigen Erscheinung.
„Kommt sie Ihnen — dir bekannt vor, Erich?“ fragte
sie dann tief erröthend.
Erich schüttelte den Kopf. „Ich kann mich nicht er-
innern, je eine Dame gesehen zu haben, die dieser Be-
schreibung entspricht. Und wie du mit Recht sagst, würde
man eine solche Erscheinung nicht leicht vergessen. Ich
möchte wissen —“
In diesem Augenblick hielt der Wagen am Stettiner
Bahnhof, und der Unterhalt wurde dadurch ein gewaltsames
Ende bereitet. Angelas Gepäc war schon am Tage
vorher durch eine von Frau Doktor Grüning für die junge
Frau engagierte Jose nach Grauberg geschafft worden, und
es blieb Erich nun nichts zu tun, als ihr Billett zu be-
sorgen, sie in einem Abteil erster Klasse unterzubringen,
ihre Kofferstücke ins Reich zu legen und sie mit einer Aus-
wahl Reiselektüre zu versehen.
Nachdem dies alles erledigt war, stand er am Placoid

des Prüfungsausschusses erhofft, ist es nötig, sich die
Vorgeschichte kurz zu vergegenwärtigen. Als nach der Auf-
gabe des sächsischen Widerstandes Voincaré, diesmal mit der
offenen Begründung, die „Sicherheit“ Frankreichs fordere
es, das Ruhrgebiet auch wirtschaftlich niederzuhalten, seine
Forderungen- und Kampfpläne fortsetzte, entstand eine
Lage, die bei ihrer Fortdauer für Deutschland verhängnisvoll
für Amerika mindestens unerwünscht sein müßte. Da die
ganze Welt wußte, daß Voincarés Erklärung, er werde
über die Reparationen verhandeln, so bald nach französi-
scher Auffassung der Widerstand endgültig beseitigt sei,
einem Niemals gleich kam, entschloß sich die britische Re-
gierung, wenigstens mittelbar an den französischen Minister-
präsidenten die Frage zu richten, ob er wirklich die welt-
notwendige Regelung endlos hinauszögern, oder wann
nicht; wenn er sie auslassen gedente. England brachte
diese Anforderung in die vorsichtige Form eines Schrift-
wechsels mit der Regierung der Vereinigten Staaten. Immer-
hin war auch diese Art der Anfrage dem französischen
Ministerpräsidenten unangenehm genug, um ihn zu einem
halben Schritt zu veranlassen. Voincaré ließ bekannt-
geben, daß er mit der Teilnahme der übrigen Verbände-
mächte sowie Americas an der Erörterung der Repara-
tionsfrage einverstanden sei, folgende Einschränkungen
jedoch fordern müsse. An den Beratungen nehmen (außer
Amerika) nur Verbändemächte teil. Deutschland darf nicht
gehört werden durch die Reparationskommission oder wie-
genigstens im Einvernehmen mit ihr ernannt. Die Endsumme
der deutschen Schuld, die Frage der Ruhrbesetzung als sol-
cher, schließlich die gegenseitigen Schulden der Verbän-
de bleiben unerörtert.

Grundsätzlich und der Abicht nach bedeutet dies ge-
wöhnlich eine völlige Ausschöpfung dessen, was der Prüfung-
ausschuß, an sich schon ein dürftiger Rest der geplanten
Konferenz, hätte leisten können. Dennoch hat England nicht
ohne Grund sich bereit, den französischen Ministerpräsi-
denten wenigstens bei dem geringen Maße seiner Zug-
ständnisse festzuhalten. Ohne ihm Zeit zu lassen, neue Vor-
wände der Verschleppung zu finden, nimmt die britische
Regierung Voincarés sehr bedingt ge-
äußerte Bereitwilligkeit, Frankreich mit den
Verbänden und den Amerikanern an einen
Tisch zu setzen, als Tatsache zur Kenntnis
und föhrt, das französische Einverständnis voraussetzend, die
Einladung Americas im Namen aller Allierten an.
Damit hat England getan, was nach Lage der Dinge ver-
muthlich das Beste war; es läßt die „Behindernden“ Be-
dingungen Voincarés auf sich beruhen, sagt zu allen
theoretischen Einschränkungen ja — und vertraut drauf, daß,
wenn man einmal beisammen ist, der Druck der Tatsachen
die Beteiligten von selbst dazu nötigen wird, auf das
Thema zu kommen, Tariff würde allein schon die An-
wesenheit des Gemeingläubiger Americas bürden.

Zur Vorgeschichte der rheinischen Hochverräter.

X Paris. Die kommunistische Humanität veröffentlicht
einen Bericht ihres Korrespondenten aus Düsseldorf, der am
26. Oktober eine Anzahl von Dokumenten in Händen hatte,
die sich auf den rheinischen Separatismus und seine Ent-
wicklung in den letzten sechs Monaten beziehen. Darunter
befindet sich auch eine Korrespondenz mit der Verfassungs-
behörde. Die Papiere beziehen sich hauptsächlich auf die
Partei Smuts. In einer Verlesung am 1. Juli in
Paris hat nach diesen Dokumenten Smuts erklärt, der fran-
zösische Delegierte habe ihm im Spital erklärt, er könne auf
die aktive Hilfe Frankreichs zählen. Frankreich lege eben
die letzte Hand daran, um sich England widersehen zu können.
Eventuelle Gegenangelegenheiten würden alsbald durch die
Truppen niedergehauen. Smuts erklärte weiter, die
Führer der Parteien und Gewerkschaften, die den Wider-
stand organisierten, würden verhaftet und wenn möglich
ausgewiesen. Die Truppen würden Waffen von den Fran-
zosen erhalten. Dorten erfolgte eine große finanzielle Un-
terstützung seitens der französischen Regierung, um den Staats-
streik möglichst zu machen. Smuts habe darauf noch aus-
sauernd geantwortet, er wüßte eine Erklärung der Militär-
behörde und auch der französischen Regierung über den
Grundplan der allgemeinen Hilfe. Dann könnten Prokla-
mationen ergehen. Die Volksabstimmung müße wie in
Oberösterreich erfolgen. Diejenigen, die dagegen stimmten,
würden ausgewiesen.

X Paris. Nach einer Meldung aus Mainz hat sich
Dort mit einer bombastischen Proklamation an alle
Nationen der Welt gewandt, ihnen seinen brüderlichen
Gruß gesandt und von der Errichtung der Rheinischen
Republik Kenntnis gegeben.
Die einmütige Duldung der Bevölkerung der besetzten
Gebiete, die fern zum Reiche steht und die sich mit ver-
meintlicher Energie gegen die Mächenschaften dortens und

seiner Kampfansage, läßt jede Erwiderung auf diese
Romdie als überflüssig erscheinen.
X Mainz. Der erste Anruf der Sonderbündler ist
von der Wagener Wirksamkeit zurückzuführen worden.
Sie haben die Separatisten vertrieben. Darauf verbanden
die Franzosen dem Beisammenschluss und wiesen etwa
15 ansehnliche Bürger und Beamte aus. Dienstag mittag
erschienen neuerdings ausländische bewaffnete Sonderbündler
und besetzten die öffentlichen Gebäude.
X Worms. Die Sonderbündler haben Dienstag abend
hier die Rheinrepublik ausgerufen. Auf dem Kreisamt
weht die grün-weiß-rote Fahne.
X Frankfurt a. M. Wie die Frankfurter Zeitung
aus Elmberg meldet, haben die Separatisten in verschie-
denen Städten des besetzten Gebietes Plazate ausgesetzt,
auf denen direkt angeordnet wird, daß jedermann einem
der namentlich aufgeführten separatistischen Verbände
Rheinischer Landwerkbund, Rheinischer Landbund usw.)
sich anschließen habe. Wer keinem dieser Verbände be-
trete, werde ausgewiesen. Danach haben die Separatisten
offenbar von der Internationalen Rheinlandkommission die
Besetzung zu Ausweisungen erhalten.
X Köln. Die Rheinische Zeitung meldet aus Arefeld:
Unter dem Druck der bewaffneten Stoßtruppen der Sonder-
bündler setzen sich ungläubige Behörden heraus, unter
denen die Geschichts- und Ladebesitzer schwer zu leiden
haben, von denen sie sogar unter Umständen zugrunde
gerichtet werden. Truppen bewaffneter Sonderbündler
nehmen allenthalben Requisitionen vor, bei denen Kleider,
Schuhe usw. in Werten von vielen Millionen gegen Hinter-
lassung wertvoller Schätze mitgenommen werden. Auch
Kohlentransporte für die städtischen Gas- und Elektrizitäts-
werke werden geplündert. Der dabei entstehende Schaden
wird auf 30-40 Millionen geschätzt. Ferner wurde Vieh
weggetrieben und im städtischen Schlachthof geschlachtet.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

X Essen. Die Bemühungen, das Ruhrgebiet
in Gang zu bringen, haben zur Bildung von Wirt-
schaftsgeräten geführt. Nachdem der Düsseldorf-
Ausschuß bereits zusammengetreten ist, trat am Dienstag
der Essener Ausschuss zum ersten Mal. Es wurden Kom-
missionen gebildet; in fachliche Verhandlungen wurde nicht
eingetreten. In unterrichteten Kreisen wird darauf hinge-
wiesen, daß durch die Bildung von Wirtschaftsausschüssen
für einzelne Bezirke eine Dezentralisation Platz greift,
die dem Verlauf der Verhandlungen nicht günstig ist.
Was die allgemeine Lage betrifft, so ist für
Essen eine Beruhigung durch die Ankündigung geschaffen
worden, daß das Krupp-Abkommen in den nächsten Tagen
vorläufig definitiv wird. In den übrigen Bezirken
des Industriegebietes ist die Lage nach wie vor kritisch.
Die Kernfragen der Verhandlung, Bezahlung der Repara-
tionskosten und Bezahlung der Kohlensteuer, sind noch nicht
gelöst worden. Neuerdings berläutet, die Lieferung der
Reparationskosten durch eine große ausländische Anleihe
zu finanzieren oder die Frage der Kohlensteuer in der
Weise zu lösen, daß den Franzosen eine Beteiligung am
Reingewinn zugesichert wird. Während hier in gewissen
Kreisen Stimmung dafür gemacht wird, französisches Ka-
pital aufzunehmen, besteht in andern Kreisen eine ebenso
starke Meinung dagegen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Württemberg wünscht Umgestaltung der Betriebssteuer.
Die der Staatsregierung meldet, hat die württembergische
Regierung das Reichsfinanzministerium wiederholt in drin-
geforderter Form aufgefordert, an eine sofortige Umgestaltung
der Betriebssteuer heranzutreten und schon für den Novem-
bertermin die notwendigen Vorbedingungen zu treffen. Die
würtembergische Regierung wird auch weiterhin mit allen
ihre zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mitteln für die
Bewirkung ihrer Ueberzeugung wirken, muß es aber
entschieden ablehnen, eine ungleiche Steuerverweigerung
irgendwie zu unterstützen.
Keine russischen Waffen für die deutschen Kommunisten.
Die russische Telegraphenagentur meldet, daß eine angebliche
Konzentration der roten Armeen an den Grenzen Polens und
Schlands vor sich gehe. Diese Meldung ist unfundiert. Der
Verzicht der russischen Sowjetrepublik auf Befehls-
gebung in innere deutsche Verhältnisse und die Bekundung
Erklärungen hervorragender Mitglieder der russischen Sow-
jetregierung hervor.

Der scheidungsamerikanische Handelsvertrag unter-
zeichnet. Am Montag wurden zwischen dem Außenminister
und dem amerikanischen Geschäftsträger die Abmachungen
über die vorläufige Regelung der gegenseitigen Handels-
beziehungen unterfertigt.
Schreibe mir, ich werde mich immer freuen, von dir zu
hören, was du tust und —
„Sie brach plötzlich ab und setzte in viel förmlicherem
Ton hinzu: „Es ist immer sehr interessant, Briefe aus
fremden Ländern zu erhalten, die man nicht kennt —
und —“
„Nag nehmen, bitte die Herrschaften, Nag nehmen!“
rief der Schaffner, der am Zug entlassend und die Türen
schloß.
Erich reichte rasch noch einmal die Hand ins Abteil
hinein und drückte Angelas fest und warm.
„Ich werde dir schreiben, Angela,“ sagte er hastig.
„und später einmal — vielleicht —“
„Zurücktreten! Zu-rück da! Herr, sind Sie denn des
Teufels?“ schrie eine zornige Stimme, und eine Hand faßte
Erich am Karmel und zog ihn von dem Zug weg, der sich
bereits in Bewegung gesetzt hatte. Er mußte die kleine Hand
fallen lassen, die so vertrauensvoll in der seinen lag, und seine
Abschiedsworte blieben ungehört.
Hals betäubt blieb er stehen und ließ die Wagenreihe
an sich vorübergehen; Angela aber lehnte sich zum Fenster
heraus, um noch einmal das ernste, männliche Profil zu
erblicken.
Und als der Zug schon lange aus der Halle hinaus-
gedampft war, stand sie noch immer da und starrte hinaus
und glaubte Erichs Gesicht zu sehen, wie es zuletzt ge-
wesen, mit einem so ganz anderen Ausdruck darin als
vorher, und glaubte den festen, warmen Druck seiner Hand
zu spüren, und in ihrem Ohr klangen seine letzten Worte:
„Später einmal — vielleicht!“
— — — — —
Wenn jemand sie über den Verlauf ihrer Reise befragt
hätte, Angela hätte keine Auskunft zu geben vermocht, die
Fahrt war ihr wie ein langer Traum, in dem sie nichts sah
und hörte, als Erichs letzten Blick und seine letzten Worte.
Wohl sah ihre Augen hinein auf die vorüberfliegende
Landschaft, aber sie sah sie nicht; sie achte auf nichts und
wäre vielleicht an ihrem Ziel? — übergegangen, wenn das
Offnen der Abteiltür sie nicht plötzlich aus ihren Träumen
gerissen hätte. Sie fuhr auf und erkannte Luise, ihre
Mädchen, die in respektvollem Ton sagte:
„Gnädige Frau, dies ist Grauberg, laß ich Ihre
Zeitungen nehmen?“

